

AUSSENPOLITIK**BRD****(1) Peking zum Rücktritt Brandts**

Im Gegensatz zu den osteuropäischen Publikationsorganen sucht die chinesische Presse die Guillaume-Affäre nicht zu vertuschen, sondern stellt sie als den entscheidenden Grund für die Vorgänge in Bonn heraus. Die Bonner Affäre ist für China ein schlagender Beweis dafür, daß die Spionagetätigkeit der Sowjetunion nicht nur in China, sondern weltweit zu beklagen sei. Für Hsinhua kam Guillaume zwar formell aus "Ostdeutschland", war aber in Wirklichkeit ein sowjetischer Spion. Wieder einmal steht das antisowjetische Motiv hier im Hintergrund der Presseaufmachungen.

Anläßlich der Wahl Walter Scheels zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gratulierte der Amtierende Vorsitzende der Volksrepublik China, Tung Pi-wu, in einem Glückwunschsreiben (NCNA, 19.5.74).

(2) Zum Amtsantritt von Bundeskanzler Schmidt

Hsinhua (NCNA, 19.5.74) hat kommentarlos über Schmidts Regierungserklärung berichtet. Die Agentur hebt hervor, daß die Bundesregierung nach Schmidts Worten "mit wachsender Besorgnis die zunehmenden Rüstungsanstrengungen der Länder des Warschauer Paktes verfolgt". Der Kanzler habe ferner bemerkt, daß das "Gleichgewicht in der Welt und die Sicherheit Westeuropas in absehbarer Zeit weiter von der militärischen und politischen Präsenz der USA in Europa abhängig" blieben.

Zwischen den Zeilen ist hier die antisowjetische Spitze erkennbar.

(3) Feier aus Anlaß des 25. Jahrestages der Bundesrepublik Deutschland

Der deutsche Botschafter in der VR China, Rolf Pauls, gab am Nachmittag des 23. Mai in der deutschen Botschaft in Peking einen Empfang aus Anlaß des 25. Jahrestages der Bundesrepublik Deutschland. Unter anderen war Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua erschienen (NCNA, 23.5.74). Insgesamt versammelten sich mehr als 700 ausländische Gäste, darunter fast 400 Chinesen.

(4) Bremer Delegation in China

Eine Delegation aus Bayern hatte im April 1974 den Reigen der Besucher deutscher Bundesländer in China eröffnet. Anfang Mai zog Bremen nach, und zwar mit einer Abordnung unter Leitung des Bürgermeisters Hans Koschnick. Die Delegation wurde unter anderem von Vizeaußenminister Chiao Kuan-hua empfangen, wobei Probleme der Entwicklungsländer, des Nahen Ostens, der multinationalen Verteidigungsorganisationen, der Lage in Europa sowie der deutschen Ostpolitik zur Sprache kamen.

(Meldung von NCNA 6.5.74). Wegen des überraschenden Rücktritts des deutschen Bundeskanzlers mußte Koschnick, der unter anderem Mitglied des Parteivorstands der SPD ist, seine Reise abbrechen und auf schnellstem Wege die Heimreise antreten.

(5) Chinesische Wissenschaftler besuchen Bundesrepublik

Eine Delegation chinesischer Wissenschaftler hat am 29. Mai Peking auf dem Luftwege verlassen, um die Bundesrepublik Deutschland, die Schweiz und Frankreich zu besuchen. Delegationsleiter ist Chou Pei-yuan, Vizepräsident der wissenschaftlichen und technischen Vereinigung der VR China und stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees der Universität Peking. Zur Verabschiedung waren neben Vertretern der schweizerischen und der französischen Botschaft auch Repräsentanten der deutschen Seite erschienen, nämlich Gesandter Heinrich Röhreke und Botschaftsrätin für kulturelle Angelegenheiten Marianne Lapper (NCNA, 29.5.74).

Der Besuch erfolgte in Erwiderung einer Delegation der Max-Planck-Gesellschaft, in deren Verlauf ein Wissenschaftler austausch zwischen beiden Ländern vereinbart wurde (Näheres dazu C.a).

(6) Akupunkturerfolge in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik sind bereits 45 Operationen am offenen Herzen unter Akupunktur-Narkose unternommen worden. Dies berichtete die Münchner Zeitschrift "Ärztliche Praxis". Darüber hinaus meldet das Zentrum für Chirurgie der Universität Gießen, daß dort bereits 69 große Operationen mit Hilfe von Akupunktur, kombiniert allerdings mit Lachgas, durchgeführt worden seien. Im Verlauf der Vorbereitung zu den Operationen bekamen die Patienten zwar jeweils kurze konventionelle Vornarkosen, doch lag die eigentliche Aufgabe der Schmerzausschaltung bei der chinesischen Akupunktur-Narkose. Die Patienten waren bereits bei der Öffnung des Brustkorbs wieder voll bei Bewußtsein, obwohl das Herz nicht schlug, sondern eine Herz-Lungenmaschine diese Funktion übernommen hatte. Die Reaktion der Patienten sei durchweg positiv gewesen (FAZ, 18.5.74).

Damit dürfte die Akupunktur auch in der Bundesrepublik ihren eigentlichen durchschlagenden Erfolg erzielt haben, ohne daß deshalb die traditionelle Stellung des Narkosearztes angerührt würde.

DDR**(7) DDR-Fernsehdiskussion über die Entwicklung Chinas**

Am 14.5.1974 brachte das Fernsehen der DDR ein Gespräch über die Entwicklung in der Volksrepublik China, an dem unter anderen Otto Braun teilnahm, der meinte, daß Mao "nie ein Marxist und Internationalist" war.

Otto Braun hat vor kurzem seine "Chinesischen Aufzeichnungen (1932 bis 1939)" beim Dietz-Verlag in Ostberlin (1973) erscheinen lassen. Der 1900 in München geborene Braun war der einzige Ausländer, der - in der Eigenschaft als militärischer Komintern-Berater - den Langen Marsch der sinokommunistischen Armeen in den Jahren 1934/35 mitmachte. 1919 hatte er bereits auf den Barrikaden der Bayrischen Räterepublik gekämpft und war später von den Weimarer Behörden ins Gefängnis geworfen worden, aus

dem er allerdings 1928 fliehen konnte. Auf Beschluß der KPD ging Otto Braun in die Sowjetunion, besuchte dort die Moskauer Frunse-Militärakademie und wurde dann im Jahre 1932 vom Exekutivkomitee der Komintern nach China geschickt, um die dortige sinokommunistische Bewegung in ihrem doppelten Kampf gegen die Japaner und gegen das Regime Chiang Kai-sheks militärisch zu beraten. Braun arbeitete zunächst als Berater beim Zentralkomitee der KP China, das zu diesem Zeitpunkt seinen Sitz noch in Shanghai hatte, gelangte dann auf abenteuerlichem Wege in das damalige Zentrale Sowjetgebiet in Südchina und kam von dort auf dem 10.000 km langen Marsch 1935 nach Nordchina, wo er die für die sinokommunistische Bewegung so wichtigen Yen-an-Jahre aus eigener Anschauung miterleben und zum Teil sogar mit beeinflussen konnte.

Vor allem am Vorabend des Langen Marsches kam es zu der eigenartigen Konstellation, daß die militärischen Operationen der damaligen Hauptgegner in China von Deutschen auf beiden Seiten maßgeblich mitgestaltet wurden: General von Falkenhausen beriet Chiang Kai-shek bei seinen antikommunistischen sogenannten "Vernichtungsfeldzügen", Otto Braun dagegen hatte die Aufgabe, die militärische Gegenantwort der chinesischen Kommunisten zu beeinflussen.

Aus der Sicht westlicher Geschichtsforschung leiden die Aufzeichnungen Brauns an einem entscheidenden Fehler: Sie sind von ihm, wie es wörtlich heißt, "als Waffe gedacht, die der Entlarvung der maoistischen Geschichtsfälscher und dem politisch-ideologischen Kampf gegen den Maoismus dienen soll". Ob Otto Braun mit dieser Zielsetzung und der daraus resultierenden Darstellungsform lediglich der heutigen DDR-Linie gerecht werden will oder aber, ob er der tiefsten eigenen Überzeugung folgt, ist nicht ganz klar zu erkennen. Bedenkt man jedoch, daß er im Laufe der Jahre von Mao stets kühl behandelt und schließlich sogar zweier Hauptfehler während des Langen Marsches angeklagt wurde, nämlich der "passiven Verteidigung" und der "Monopolisierung" der militärischen Führung, so kann man sich vorstellen, daß Braun seine Ausführungen auch dann hätte anti-maoistisch ausfallen lassen, wenn er sie beispielsweise in der Bundesrepublik abgefaßt haben würde. Braun geht sogar so weit, zu behaupten, daß Mao ihn nach seiner Rückkehr in die sowjetische Hauptstadt im Jahre 1939 habe physisch liquidieren lassen wollen. Dabei sei Chou En-lai als Hauptankläger aufgetreten.

Immerhin erreichten die Chinesen, daß Otto Braun den Soldatenberuf aufgeben und über seine Erlebnisse und Beobachtungen in China jahrelang Stillschweigen bewahren mußte. Erst 1964, als die "antisozialistische und antisowjetische Politik der maoistischen Führungsgruppe aller Welt sichtbar wurde", sei er, Braun, mit einem Artikel im Neuen Deutschland an die Öffentlichkeit getreten. Noch deutlicher wurde Otto Braun während der Kulturrevolution. Im Jahre 1969 nämlich veröffentlichte er in der ostdeutschen Wochenzeitung "Horizont" eine Artikelserie mit dem Titel "Von Shanghai bis Yen-an", wobei er sich weitgehend auf sein Gedächtnis verließ. In der Zwischenzeit konnte er dokumentarisches Material hinzuziehen, das ihm als Gedächtnisstütze diente. Aus dieser Situation heraus war er dann in der Lage, seine nun erschienenen "Chinesischen Aufzeichnungen" nieder-

zulegen.

Wer Brauns Darstellung liest, tut gut daran, sich gleichzeitig auch mit dem epochemachenden Buch des amerikanischen Journalisten Edgar Snow "Roter Stern über China" zu befassen. Während es dem Komintern-Abgeordneten Braun darum geht, den Maoismus stets vom "wahren Marxismus-Internationalismus" abzugrenzen, wählt Snow die Methode des Vergleichs zwischen den damaligen korrupten Zuständen im Kuomintang-beherrschten China mit der Atmosphäre der "befreiten Gebiete", wobei er - im Gegensatz zu Braun - zu einem äußerst positiven Ergebnis kommt. Mit den Büchern von Braun und Snow sind aus der an Urkunden und Dokumenten sonst so armen "Yen-an-Zeit" nunmehr zwei ausführliche Darstellungen verfügbar, die - unter verschiedener Perspektive und doch einander ergänzend - einen konkreten Einblick in einen Abschnitt der sinokommunistischen Geschichte gewähren, in dem sich der eigentliche Reifeprozess des Maoismus vollzog.

(8) Erneute Angriffe des SED-Organs "Neues Deutschland" gegen China

Zwei Tage, nachdem die VR China die DDR wegen ihrer Rolle in der Spionageaffäre Guillaume - wenn auch nur indirekt - kritisierte, hat Ostberlin am 27. Mai der Pekinger Führung vorgeworfen, sie leiste den "reaktionären und revanchistischen Kräften" in der Bundesrepublik "aktive Schützenhilfe". In einem Leitartikel bezichtigte die SED-Zeitung Neues Deutschland die VR China, sie übernehme mit ihrer "unhaltbaren und durch die Geschichte widerlegten" These von der Einheit der deutschen Nation und der angeblich noch nicht gelösten deutschen Frage "die abgeklapperten Lügen der DDR-feindlichen Medien" in der Bundesrepublik.

Die offene Feindseligkeit Chinas gegenüber den Grundinteressen der DDR werfe ein bezeichnendes Licht auf die maoistische Ideologie und Politik, die vollkommen mit dem Marxismus-Leninismus gebrochen habe. Als Beweis für diese Feindseligkeit wertet das Neue Deutschland unter anderem die Auffassung Pekings, daß der Grundvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten nur ein Provisorium sei.

Abschließend warnt die Zeitung davor, die Gefahr "der von Peking ausgehenden abenteuerlichen Vorstöße gegen den Sozialismus, gegen die Entspannung und gegen die Einheit aller revolutionären Kräfte" zu unterschätzen. Aus der Sicht der SED entfaltet die chinesische Führung "im trauten Verein mit der unheiligen Allianz der Entspannungsgegner aus dem kapitalistischen Lager" einen scharfen Kampf gegen die Europäische Sicherheitskonferenz und gegen die Wiener Verhandlungen über die Reduzierung von Streitkräften und Rüstungen in Mitteleuropa. Die Sicherheitskonferenz sei aus Pekinger Perspektive lediglich ein Instrument, mit dem die Sowjetunion ganz Europa unter ihre Alleinherrschaft bringen wolle.

(9) Spionagetätigkeit der DDR angegriffen?

Anläßlich des Besuches des früheren britischen Premiers Edward Heath in Peking führte Vizepremier Teng Hsiao-p'ing unter anderem folgendes aus: "Gegenwärtig ist Europa im Brennpunkt des Wettkampfes der Supermächte, und das ist

der Hauptgrund für die turbulente und unruhige Lage in Europa. Es ist offensichtlich, woher die Hauptgefahr für Europa kommt. Die jüngste Entwicklung hat erneut gezeigt, daß einige Leute öffentlich von Freundschaft reden und dann heimlich Spione ausschicken. Sie reden über Sicherheit, wenn sie Ihnen ins Gesicht sehen, führen aber subversive Tätigkeiten hinter Ihrem Rücken aus. Sie spielen die Harfe der Abrüstung, aber in Wirklichkeit rüsten sie immer mehr auf. Ihre Strategie besteht im Beginn eines Scheinangriffs im Osten, während sie im Westen angreifen....." (NCNA, 25.5.74). In erster Linie ist hier selbstverständlich die Sowjetunion gemeint. Doch ist zugleich hier auch ein Tadel gegenüber der DDR herauszulesen (Fall Guillaume).

WESTEUROPA

(10) Ganz Europa im Streik

"Bei den Werktätigen in den westeuropäischen Ländern ist eine neue Periode des Kampfes angebrochen. Seit Beginn des Jahres brach eine Streikwelle über die westeuropäischen Länder herein. Die Werktätigen protestieren gegen die unbarmherzige Ausbeutung durch das Monopolkapital und gegen dessen Versuch, die Lasten der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf sie abzuwälzen. Die Streiks fügten den Monopolgruppen schweren Schaden zu" (NCNA, 30.4.74). Nun folgen die einzelnen Aufzählungen:

- Großbritannien - Bergarbeiterstreik, 10. Februar bis 11. März
- Italien - 27. Februar ff.: landesweiter Generalstreik, an dem 13 Mio. Menschen teilnahmen,
- Frankreich - Bankangestellte, Arbeiter der Elektrizitäts- und Gaswerke, Werftarbeiter
- Westdeutschland - Verkehrswesen, Post, Gesundheitswesen, Theater, Krankenhäuser und Flughäfen (10.-13. Februar). Im März streikten 53.000 Metallarbeiter in Bremen und Bremerhaven drei Wochen lang.

Sogar in Nordeuropa gab es Streiks.

"Die zunehmenden Kämpfe spiegelten die Schärfe der Klassengegensätze in den westeuropäischen Ländern wider.....".

(11) Chinesische Glückwünsche zur Wahl des französischen Staatspräsidenten

Telegramme Tung Pi-wus und Chou En-lais an Valéry Giscard d'Estaing: "Aus Anlaß Ihrer Wahl zum Präsidenten der Republik Frankreich übermitteln wir Ihnen unsere

Glückwünsche. Mögen die Beziehungen zwischen China und Frankreich sowie die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern sich ständig entwickeln" (NCNA, 22.5.74).

Alain Bouc, der Korrespondent von Le Monde in Peking meint, Giscard d'Estaing sei in den Augen der Chinesen der Kandidat des geringeren Übels gewesen, was die Frage der nationalen Unabhängigkeit anbelangt. Daß er auch der Kandidat von Kreisen der Industrie und Finanz ist, sollte den günstigen Eindruck, den man von ihm in Peking hat, nicht stören; "denn man nimmt hier an, daß die Interessendivergenzen zwischen der französischen und der amerikanischen Bourgeoisie sich nicht lösen lassen, nicht einmal auf lange Zeit" (Le Monde, 21.5.74).

(12) Zyperns Staatschef in China

vom 17. - 22. Mai Besuchte Präsident Makarios auf Einladung der chinesischen Regierung die VR China. Am 18. wurde er von Mao Tse-tung empfangen (PRu 1974, Nr.21, S. 3). An dem Empfang nahmen auch Teng Hsiao-p'ing und Chou En-lai teil, welche letzterer wiederum nicht mehr wie früher zur rechten, sondern zur linken Seite Maos saß (ebd., S. 4).

Ebenso wie im Zusammenhang mit dem Besuch des maltesischen Ministerpräsidenten im Jahre 1972 (vgl. dazu C.a. 1972/ 4 Ü 3a1, 11 b; Nr. 6, S. 13 b) ging es auch diesmal hauptsächlich um die Frage des Verhältnisses der Mittelmeerländer zu den Supermächten, vor allem der Sowjetunion. Dies wurde besonders deutlich bei der Rede des Stellvertretenden Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing bei einem Bankett zu Ehren des Erzbischofs, an dem Chou En-lai aus Gesundheitsgründen nicht teilnehmen konnte. In der Rede Tengs hieß es unter anderem: "In der Gegenwart ist Europa, die Situation als Ganzes genommen, der Brennpunkt des Wettstreites zwischen den Supermächten. Und auch das Mittelmeer ist eine Arena im Wettkampf und in der Rivalität zwischen den zwei Oberherren. In den jüngsten Jahren hat der Sozialimperialismus sogar absurderweise erklärt, selbst er sei ein Mittelmeerland, und hat so das mittelländische Meer zu einem wichtigen strategischen Gebiet für seine Rivalität mit der anderen Supermacht um Europa sowie den Mittleren Osten und die maritime Hegemonie gemacht. Er entsandte in verstärktem Maße Kriegsschiffe ins Mittelmeer, um seine Macht zu zeigen und Militärbasen an sich zu reißen. Diese fieberhafte Rivalität und Konfrontation zwischen den zwei Supermächten sind eine direkte Gefahr für die Unabhängigkeit, Souveränität und Sicherheit der Mittelmeerländer. Aber, wo es Aggressionen gibt, dort entsteht auch der Kampf gegen diese Aggression. Die tyrannische Handlungsweise der Supermächte hat unter den zahlreichen Mittelmeerländern und ihren Völkern starke Unzufriedenheit und Opposition hervorgerufen. Diese Länder und Völker forderten, eines nach dem anderen, daß die Flotten der Supermächte aus dem mittelländischen Meer abgezogen werden müßten und daß das Mittelmeer den Mittelmeerländern gehören muß. Dies widerspiegelt den allgemeinen Wunsch der Länder und Völker in dieser Region nach dem Kampf gegen Imperialismus und Hegemonismus. Eine gerechte Sache genießt breite Unterstützung, während

eine ungerechte Sache nur geringe Unterstützung findet“ (ebd., S. 6).

Anschließend wies Teng noch auf verschiedene Gemeinsamkeiten zwischen Zypern und China hin, unter anderem auf ihren Befreiungskampf gegen das "Joch des Kolonialismus" und die gemeinsame Zugehörigkeit zur Dritten Welt.

Diese Gemeinsamkeiten betonte auch Makarios in seiner Gegenrede (ebd., S. 7).

Der Besuch des Erzbischofs war Höhepunkt der Beziehungen zwischen beiden Ländern, die im Jahre 1971 diplomatische Beziehungen aufgenommen haben. Für Makarios bedeutet der Besuch in China vor allem Stärkung seines persönlichen Prestiges angesichts einer kritischen Phase, die sein Land zur Zeit durchläuft (terroristische Aktivitäten der nationalistischen Untergrundorganisation "Eoka 2", abermaliges Ansteigen der Spannungen zwischen Athen und Ankara bezüglich des Festlandssockels der Ägäis, die sich auch auf der Mittelmeerinsel auswirken).

SOWJETUNION UND OSTEUROPA

(13) ISS-Bericht: Sinosowjetischer Krieg unwahrscheinlich

In seinem "Strategic Survey" für 1973 kommt das Londoner Institute for Strategic Studies zu dem Schluß, daß ein sino-sowjetischer Krieg unwahrscheinlich sei, obwohl die Sowjetunion und China in der Zwischenzeit 45 Divisionen an ihren beiderseitigen Grenzen haben aufmarschieren lassen. Näheres dazu nachfolgende Übersicht).

Die sowjetischen Streitkräfte seien nichts anderes als eine Garnisonsmacht (Garrison Force). Es sei bemerkenswert, daß keine Streitkräfte von der europäischen Grenze abgezogen worden seien, um die Macht im Fernen Osten zu verstärken. Vielmehr resultiere der Militäraufbau in Fernost ausschließlich aus der Bildung neuer Regimenter und Divisionen sowie aus der Verlegung einiger Einheiten aus Zentral- und Südrußland.

Die gegenwärtige "Garnisonsmacht" könnte so etwas wie den Kern einer Offensivstreitmacht bilden, die in der Lage wäre, jene Kampagne zu wiederholen, die seinerzeit am En-

de des Zweiten Weltkrieges gegen die japanische Kuangtung-Armee in der Mandschurei so erfolgreich war. Am Ende des Zweiten Weltkrieges, das heißt zwischen April und August 1945, sammelten die Sowjets allerdings 80 Divisionen, ehe sie gegen Japan vorgingen. Es ist anzunehmen, daß man in Moskau heute weitaus vorsichtiger ist und deshalb eine ungleich größere Streitmacht ansammeln würde, ehe man gegen China losschläge.

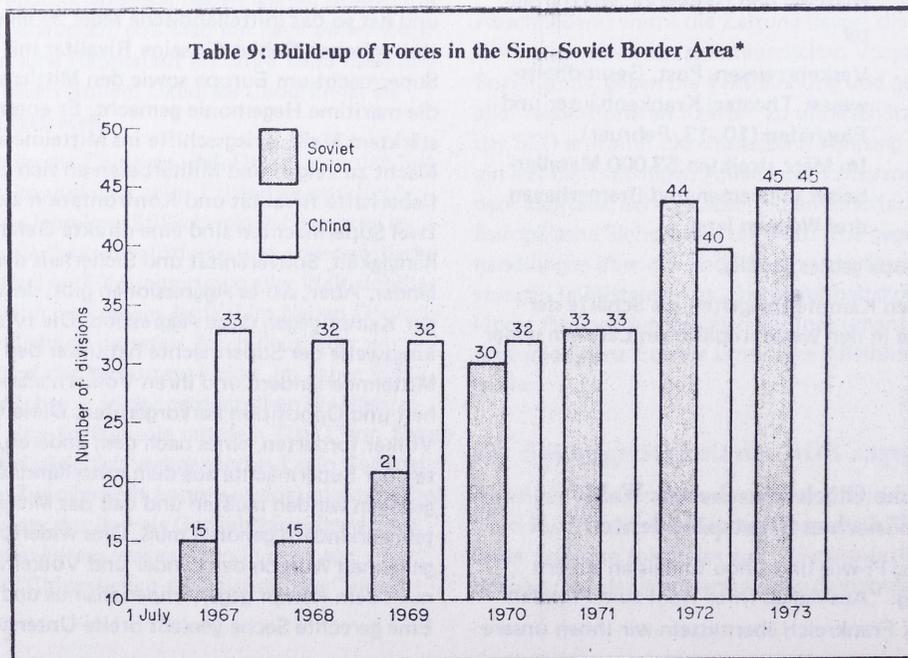
Mit ihrer gegenwärtigen Militärstärke in Fernost wollten die Sowjets lediglich eine glaubhafte Stärke aufrechterhalten.

Als eine der wichtigsten Tendenzen des vergangenen Jahres wird die zunehmende Bedeutung der Ölwanne hervorgehoben - ein Gedanke, der langfristig auch zugunsten Chinas an Bedeutung gewinnen könnte. Die im letzten halben Jahr von 1973 aufgetretene Weltenergiekrise habe die Erdölproduzenten endgültig zur Weltmacht und auf den gleichen Rang wie die USA, die Sowjetunion, Japan und die EWG erhoben. Zugleich habe die Krise die Ansätze zur internationalen Zusammenarbeit gehemmt und zu einer wachsenden Konkurrenz unter den Nationen geführt, die durch die Ölwanne eher verschärft als gemildert wurde. Die arabische Ölpolitik habe den ersten jemals errungenen Erfolg auf politischer Ebene

durch Wirtschaftssanktionen gehabt und biete einen auffallenden Kontrast zu dem Unvermögen der Vereinten Nationen von heute.

In der Übersicht wird ferner - in unbeabsichtigter Parallele zu ähnlichen Gedankenführungen der VR China - darauf hingewiesen, daß die Wechselwirkung zwischen der Energiekrise und den sozialen Spannungen in den großen Industriestaaten "sich als mächtigste aller Formen und Kräfte für die Zukunft erweisen" könnte. Der Energiemangel beschneide die Wachstumsrate in vielen, vor allem aber in den hochindustrialisierten Ländern. Dadurch könnten die schon vor der Energiekrise in der Welt bestehenden Sozialkonflikte innerhalb und zwischen den Gesellschaften noch stärker angeheizt werden. Die Gefahr des Abgleitens eines Systems in nackte Machtpolitik, bei der die Ausbeute an die Starken geht, türme sich als neue Drohung auf.

Neue Formen des Zusammenlebens seien immer noch nicht entwickelt. "Unter dem nuklearen Schirm herrscht eine fast mittelalterliche Turbulenz".



(14) Chinesisch-sowjetisches Güterausgabkommen

Am 15. Mai wurde in Peking ein Abkommen über Güterausgab und Zahlungen für 1974 zwischen der Regierung der VR China und der Regierung der UdSSR unterzeichnet. Der chinesische Außenhandelsminister Li Chiang war bei der Unterzeichnungszeremonie zugegen. Vor der Unterzeichnung war er mit dem Leiter der sowjetischen Handelsdelegation und stellvertretenden sowjetischen Außenhandelsminister, I.T. Grishin, zusammengetroffen (NCNA, 15. 5. 74).

Über das Volumen des Austausches wurde nichts bekanntgegeben. Es ist jedoch anzunehmen, daß sich der Gesamtumsatz weiterhin verringert hat (zu den Abstiegstendenzen zwischen 1970 und 1973 vgl. die Zahlentabelle in C.a. 73/9-Ü68).

(15) Moskau behindert chinesischen Flußschiff-fahrtsverkehr

Am 20. Mai gab das sowjetische Außenministerium dem chinesischen Geschäftsträger in Moskau bekannt, daß Fahrten chinesischer Schiffe in sowjetische Hoheitsgewässer künftig vor Antritt der Fahrt von den zuständigen sowjetischen Stellen jeweils genehmigt werden müßten. Bisher hatten chinesische Schiffe immer dann, wenn der als chinesisch-sowjetische Grenze ausgewiesene Kasakewitschew-Wasserarm zu seicht geworden war, ohne weiteres auf sowjetisches Hoheitsgewässer im Gebiet von Schabarowsk ausweichen können. TASS (englisch, 23.5.74) kleidete die unfreundliche Mitteilung allerdings in aufmunternde Worte: "Die sowjetische Seite erklärt ihre Bereitschaft, zivilen chinesischen Fahrzeugen wie eh und je das Durchfahrtsrecht vom Amur zum Ussuri und zurück durch sowjetische Inlandwasserstraßen während der Niedrigwasserperiode des Grenzflusses Kasakewitschew zu gewähren, erwartet freilich, daß die chinesische Seite die sowjetische vorher über Grenzorgane oder diplomatische Kanäle in Kenntnis setzt".

Über den Anlaß für diese Kursänderung teilte TASS nichts mit. Es wird jedoch angenommen, daß sie im Zusammenhang mit der Weigerung Pekings steht, die seit dem 14. März festgehaltene dreiköpfige Besatzung eines sowjetischen Grenzhubschraubers freizulassen.

In dem TASS-Bericht über die neuen Beschränkungen hieß es, daß den Chinesen zugleich der Vorschlag gemacht worden sei, bei der Vertiefung des Kasakewitschew mitzuarbeiten. Nach dieser Aufforderung Moskaus, gemeinsam nach Wegen zu suchen, um die Navigationsbedingungen auf den Grenzflüssen im Fernen Osten zu verbessern, wobei auf die "souveränen Rechte der UdSSR" hingewiesen wurde, gab Peking einen scharf ablehnenden Kommentar. Das Außenministerium der UdSSR behauptete zwar, es wolle die chinesisch-sowjetischen Beziehungen verbessern, betriebe aber in Wirklichkeit eine "zynische Erpressung Chinas". Und weiter: "Nach dem vom zaristischen Rußland China aufgezwungenen chinesisch-russischen Peking-Vertrag von 1860 verläuft die Grenzlinie zwischen China und der Sowjetunion durch die Zusammenflußlinie der Flüsse

Heilungkiang (Amur) und Ussuri. Die Stelle dieses Zusammenflusses liegt nahe bei der Stadt Schabarowsk (chinesisch: Po-li). Die Durchfahrt der chinesischen Schiffe durch die Tiefwasserrinne am Zusammenfluß beider Ströme ist ein unabdingbares Recht Chinas. Die Sowjetunion hat sich nun herausgenommen, diesen Abschnitt der chinesisch-sowjetischen Grenzflüsse auf einer Länge von etwa 100 km als "ihr" Gewässer zu bezeichnen und rubriziert den Fu-yüan, der doch ein chinesisches Inlandsgewässer ist, als chinesisch-sowjetischen Grenzfluß. Sie behindert bereits seit 1966 mit Waffengewalt die Durchfahrt chinesischer Schiffe durch den Zusammenfluß der beiden Grenzflüsse. Das Außenministerium der UdSSR verlangt in seiner Erklärung vom 23. Mai 1974 von der VR China, daß sie erst die von der Sowjetunion gestellten, oben erwähnten, territorialen Ansprüche anerkennen müsse, ehe die Frage der Durchfahrt chinesischer ziviler Schiffe durch diesen Abschnitt der Grenzflüsse geprüft werden könne. Die chinesische Seite hat bereits wiederholt diese durchsichtige Forderung abgelehnt, und sie wird sie auch jetzt auf keinen Fall annehmen (NCNA, 30.5.74).

Peking (NCNA, 27.5.74) lehnt den Moskauer Hinweis, es solle die "souveränen Rechte und die territoriale Integrität" der Sowjetunion respektieren, auch mit dem Hinweis ab, daß China in einem solchen Fall konkludent die sowjetische Version akzeptieren würde, daß alle grenzbildenden Flüsse in ihrer Gesamtheit zur Sowjetunion gehörten. Die Chinesen sind der Meinung, daß die Grenze in der Mitte des Flußbettes des Hauptstroms verlaufe.

(16) Moskau für Gipfeltreffen mit Peking

In einem umfangreichen Artikel in der Regierungszeitung *Iswestja* wird behauptet, daß die UdSSR der chinesischen Führung im Juni 1973 erneut offiziell ihre Bereitschaft zu einem Treffen sowjetischer und chinesischer Vertreter auf jeder beliebigen und selbst auf höchster Ebene angeboten habe. Peking habe dieses Angebot jedoch abermals mit Schweigen übergangen.

Zwar kam es im Mai zur Vereinbarung eines neuen Handels- und Zahlungsprotokolls für das laufende Jahr, doch die essentiellen politischen Verhandlungen sind völlig ins Stocken geraten. Für die seit Juli 1973 unterbrochenen Grenzverhandlungen gibt es zum Beispiel immer noch keinen neuen Termin. Auch trägt sich der Moskauer Chefunterhändler Iljitschew offenbar zur Zeit noch nicht mit der Absicht, wieder nach Peking zurückzukehren. Angesichts der jüngsten Vorkommnisse (Ausweisung von fünf sowjetischen Botschaftsangehörigen im Januar wegen angeblicher Spionagetätigkeit und noch nicht gelöster Hubschrauberzwischenfall) ist das Verhandlungsklima weit unter den Nullpunkt gesunken.

(17) "Unvermeidliche Konsequenzen" bei Nicht-herausgabe des beschlagnahmten Helikopters

Vor "unvermeidlichen Konsequenzen" hat die Moskauer Regierung Peking gewarnt, falls es seine "provokative Haltung" nicht aufgibt und eine am 14. März auf chinesischem Territorium gelandete Grenzhubschrauberbesatzung nicht unver-

zügig freiläßt. Dies wurde vom Stellvertretenden sowjetischen Außenminister Leonid Iljitschow in einer Erklärung an den Botschafter Chinas in Moskau unterstrichen. In der von der Prawda veröffentlichten Erklärung weist die sowjetische Regierung erneut chinesische Beschuldigungen zurück, denenzufolge sich der Hubschrauber im sowjetisch-chinesischen Grenzgebiet auf einem Spionageflug befunden habe. (Näheres dazu C.a. 74/April - Ü 8).

Chinesische Diplomaten teilten westlichen Journalisten inzwischen am 17. Mai in Moskau mit, daß die drei sowjetischen Helikopterpiloten in China möglicherweise vor Gericht gestellt werden, um sich wegen Spionage zu verantworten.

Man fühlt sich dabei an amerikanische Piloten erinnert, die während des Korea-Krieges in China gefangen genommen und jahrelang in Gefängnissen gehalten wurden.

Die Sowjetunion hat derweilen versucht, über das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) Kontakt zu der seit dem 14. März von China festgehaltenen dreiköpfigen Besatzung aufzunehmen. Das IKRK solle seinen ganzen Einfluß geltend machen, damit die chinesischen Behörden den Besuch eines sowjetischen Vertreters bei der Besatzung zulassen.

Flankiert wird dieses Vorgehen durch eine immer schärfere Tonart, in der sich sowjetische Presseorgane etwas dunkel darüber äußern, daß China die Folgen für sein unverständliches Verhalten selbst tragen müsse.

(18) Dalai-Lama setzt auf Moskau

"Nach dem unerwiderten Flirt mit Peking setzt das Idol der Tibeter auf Moskaus antichinesischen Kurs". Dies ist das Ergebnis eines Interviews des Korrespondenten der SZ (10.5.74), Carlos Widmann, mit dem Oberhaupt der tibetischen Kirchen, das heute in der nordostindischen Stadt Dharmasala (vgl. Karte) residiert. Tibet ist auch heute noch eine der verwundbarsten Stellen in Maos Reich. Der Gärungsprozeß, der dort herrscht, war bisher das Fundament für die Hoffnung des Dalai-Lama auf Rückkehr nach Tibet, das er 1959 fluchtartig verlassen hat. Ein grundlegender Kurswechsel trat hier ein, als der amerikanische Präsident Nixon die US-Chinapolitik änderte. Der Dalai-Lama sah nun die Zeit für gekommen, Versöhnungsgesten in Richtung Peking zu vollziehen.

Ende September 1973 machte er sich auch zu einer Reise in den Westen auf, um wieder stärker als Führer der Tibeter in Erscheinung zu treten und bei dieser Gelegenheit in den Hauptstädten Europas auch mit den dort residierenden chinesischen Botschaftern Kontakt aufzunehmen. Ende Oktober 1973 freilich gab die chinesische Botschaft in London eine Presseerklärung heraus, in welcher der Gottkönig unwirsch als "reaktionärer Banditenführer" bezeichnet wurde.

Nachdem er die Vergeblichkeit seines Versöhnungskurses gegenüber Peking eingesehen hat, setzt er nun seine Hoffnung auf die antichinesischen Kräfte in seinem Lande - und auf die Sowjetunion: Wörtlich: "Was mir die stärkste Hoffnung auf Rückkehr gibt, sind junge kommunistische Kader

in meiner Heimat. Auch sie haben, obwohl sie von den Chinesen herangebildet wurden, nicht das Ideal der nationalen Eigenständigkeit Tibets aufgegeben; sie sind es, die Peking heute das größte Kopfzerbrechen bereiten. Antikommunismus war noch nie das Ziel meiner Politik, ich glaube, daß zwischen Kommunismus und Buddhismus kein wesentlicher Gegensatz besteht. Worum ich kämpfe, ist das Ende der Unterwerfung durch China". Mit einem Auge blickt der Dalai-Lama auch nach Moskau, das schon seit langem die Minoritätenpolitik der Chinesen angreift. Auch in Moskau sei man heute der Ansicht, daß Tibet das "Vietnam Chinas" ist und daß es nun darum gehe, den "nationalen Befreiungskampf" gegen den chinesischen Kolonialismus voranzutreiben.



(19) Sowjetische Subversion in Tibet?

Nach einem Bericht von Clair Hollingsworth ("Daily Telegraph", 18.3.1974) soll Moskau Agenten von Bangla Desh und Indien über den Nathu-Paß (in Sikkim) und durch Bhutan nach Tibet eingeschleust haben. China soll deshalb seine Verteidigung in Tibet weiter ausgebaut und seine Streitkräfte unter anderem auch mit regimetreuen tibetischen Truppen aufgepolstert haben. Es könnte durchaus sein, daß sich Peking bei diesen sowjetischen Manövern an die Vorgänge in Afghanistan erinnert fühlt, bei denen sich ja auch prosovietische Kräfte durch einen Staatsstreich an die Macht bringen konnten. Ein unabhängiges Tibet wäre selbstverständlich ein weiterer ungemein wichtiger Baustein für die Stärkung des sowjetischen Einflusses in Richtung auf den Indischen Ozean und Indien.

(20) Sowjetische Hilfe in Fernost während des Zweiten Weltkrieges?

Ein von Historikern und Redakteuren unter Leitung des sowjetischen Verteidigungsministers, General Gretschko, zusammengestelltes Buch mit dem Titel "Die Rolle der Sowjetunion bei den Befreiungsbewegungen des Zweiten Weltkrieges" ist vom Moskauer Verlag für politische Literatur neu gedruckt worden und erläutert die Leistungen

der Sowjetarmee, ihre Taktik und ihre Bedeutung, unter anderem im Fernostkrieg gegen Japan.

Ein Kapitel dieses Buches handelt von der Befreiung des chinesischen Nordostens. Dazu Radio "Frieden und Fortschritt Moskau" vom 15.5.1974 (M.D.Asien, 16.5.74, S. 4): "Der historische Sieg der Sowjetarmee im Fernen Osten war nicht nur ein Schlag für die japanischen Militaristen, sondern auch ein historischer Wendepunkt für die spätere Entwicklung der ostasiatischen und der südasiatischen Völker. Infolge dieses Sieges wurde der langandauernde Krieg zwischen Japan und dem von ihm versklavten chinesischen Volk sowie den Nachbarvölkern Chinas endlich beendet. Nach dem Krieg sind die nationalen Befreiungsbewegungen in dieser Region in eine Phase des Aufschwungs eingetreten. Die Sowjetarmee zerschlug mit Unterstützung der chinesischen Volksbefreiungsarmee und der mongolischen Volksarmee die japanische Kwangtung-Armee. Dies war für das Schicksal der chinesischen Revolution von großer Bedeutung und eine Garantie für den Sieg dieser Revolution".

(21) Keine Ausbeutung Indiens durch die Sowjetunion!

Unter Berufung auf die indische Zeitschrift "Patriot" bringt TASS (englisch, 23.4.74) eine Apologie der indisch-sowjetischen Zusammenarbeit, die ein schlagender Beweis für die fruchtbaren Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu den Entwicklungsländern sei. Die chinesischen Behauptungen von einer Ausbeutung Indiens durch die Sowjetunion seien reine Verleumdung (Näheres dazu C.a. 74/Mai, S. 231). Wenn die mit sowjetischer Hilfe gebauten Unternehmen eines Tages ihre ganze Kapazität erreichten, würden sie mehr als 20 % der Jahresproduktion an Elektrizität in Indien ausmachen. Sie würden ferner über 9 Mio to Kohle ausstoßen, fast 6,5 Mio to Eisenerz erzeugen, dazu 8 Mio to Stahl und 6,5 Mio to Öl. Aus diesen Zahlen werde die Produktivität der indisch-sowjetischen Zusammenarbeit ersichtlich.

Eine solche Argumentation spricht nicht gegen die chinesischen Ausführungen, sondern sie bestätigt sie gerade; denn Hsinhua hat immer wieder darauf hingewiesen, daß Indien von der Sowjetunion gerade im Erdöl- und Stromerzeugungsbereich abhängig - und deshalb in Gefahr sei, nicht mehr aus der sowjetischen Umarmung herauszukommen.

(22) Sino-sowjetische Polemik

Zusammenfassung der chinesischen Artikel:

Der neue, infolge der nuklearen Rivalität zwischen den Supermächten durchgeführte Atomversuch der SU wird von NCNA am 20.5.74 kritisiert.

NCNA wirft Moskau am 25.4. in einer ausführlichen Darlegung vor, sich Marinebasen am Persischen Golf verschafft und mit dem Weiterverkauf von arabischem Öl und Erdgas ungeheure Profite gemacht zu haben.

Wie PRu in Nr. 16 (1974) feststellt, dehne die SU ihre "internationale Arbeitsteilung" nun von der RGW-Ländern auf die Entwicklungsländer aus. Dies bedeute schamlose

Ausplünderung mittels Entwicklungshilfe. Neuerdings werde sogar die Gründung gemeinsamer Aktiengesellschaften mit den Entwicklungsländern gefordert, wodurch die Ausplünderung mittels "Hilfe" in direkten Kapitalexport umschlage.

NCNA vom 3.5. kritisiert eine Reihe sowjetischer Filme, welche Expansions- und Aggressionspläne der SU propagieren sollen. JMJP vom 22.4. legt klar, daß die "sowjetische Aggression aus dem Schoße des Monopolkapitalismus" erwächst. Die sowjetische Wirtschaft werde von einer sozialistischen in eine Staatsmonopol-kapitalistische umgewandelt. Über die chinesische Einstellung zum "Sowjetrevisionismus" meint JMJP vom 13.3., indem sie Lu Hsün zitiert: "Die Natur eines Hundes kann sich kaum ändern ...; stets muß er geprügelt werden - ganz gleich, ob er am Ufer steht oder ins Wasser gefallen ist."

Sowjetische Polemik:

"Daß die chinesische Führung die städtischen Jugendlichen dazu zwingt, in die dörflichen Gebiete zu gehen, hat zwei Ziele: Die Herabsetzung der städtischen Arbeitslosenquote und die Verantwortung für das Schicksal der städtischen Jugendlichen abzuwälzen" (Radio "Frieden und Fortschritt", Moskau, vom 30.4.74, in M.D.Asien, 9.4.74, S.4).

NORDAMERIKA

(23) US-Marinesoldaten müssen China verlassen

Die fünf amerikanischen Marineinfanteristen, die bisher die Verbindungsmission ihres Landes in Peking bewachten, müssen in Kürze China verlassen. Die amtliche Begründung lautet: Die Marinesoldaten seien die einzige erkennbare ausländische militärische Einheit in der Volksrepublik.

In der Vereinbarung über die Errichtung von Verbindungsmissionen hatten die chinesischen Behörden zunächst der Verwendung dieser aktiven Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte zugestimmt. Es ist seit langem Tradition, daß die Marines die diplomatischen Vertretungen der USA im Ausland bewachen. In Peking trugen die Soldaten nur einmal Uniform, als vor dem Gebäude der Mission zum erstenmal das Sternenbanner gehißt wurde.

Die fünf Soldaten sollen nunmehr durch Zivilisten ersetzt werden.

Über die Gründe dieser Maßnahme zu spekulieren, ist ziemlich fruchtlos. Einige Beobachter sprechen schon wieder von einer Verschlechterung der amerikanisch-chinesischen Beziehungen (so z.B. Times 25.5.74 und Ulrich Grudinski in FAZ, 25.5.74); andere meinen, die fünf Soldaten hätten einen überaktiven und dem Alkohol allzu verbundenen Klub für junge Leute auf die Beine gestellt, der in der puritanischen Hauptstadt Peking soviel Aufsehen und Lärm (!) erregt habe, daß er schließlich geschlossen werden mußte (IHT, 25.5.74).

LATEINAMERIKA

(24) Neuer chilenischer Botschafter in Peking

Der neue Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter der Republik Chile in der VR China, Hernan H. Laval, überreichte am 14.5. dem Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, Chu Teh, sein Beglaubigungsschreiben (NCNA, 14.5.74). China hält damit an seiner formalen Politik der Diplomatie von Staat zu Staat fest, ohne auf den Charakter des Militärregimes Rücksicht zu nehmen.

China hatte aus dem Sturz Allende im September 1973 zwei große Konsequenzen gezogen: Einerseits benutzte es diesen Anlaß, um darauf hinzuweisen, daß der "parlamentarische Weg" unter den gegebenen Umständen kaum zum Erfolg führen, und stattdessen durch eine Strategie des bewaffneten Kampfes ersetzt werden müsse.

Zum anderen teilte das chinesische Außenministerium bereits am 10. Oktober dem bisherigen Botschafter Chiles in Peking, Uribe, einem engen Freund Allendes, mit, daß er nicht mehr als offizieller Vertreter Chiles betrachtet werde. Dieser Schritt ereignete sich, nachdem die Militärjunta in Santiago Uribe seines Postens entthronen hatte, und an seine Stelle den bisherigen 2. Botschaftssekretär, F. Perez, placierte, der sich damit einverstanden erklärt hatte, mit dem neuen Regime zusammenzuarbeiten. Als offizieller neuer Vertreter Chiles war er kurz darauf von der chinesischen Regierung zu einem Empfang eingeladen worden (Näheres dazu C.a.73/10, S. 717 ff.). In beiden Punkten handelte Peking also konträr zur Moskauer Verhaltensweise. Der Streit um die Alternative parlamentarischer Weg oder Machteroberung durch bewaffnete Gewalt hatte bereits einen wesentlichen Punkt in der sino-sowjetischen Ideologiepolemik von 1963/64 ausgemacht und war im Zusammenhang mit Allendes Sturz in antisowjetischem Sinne von Peking aufgetischt worden. Während ferner die Sowjetunion in Gemeinschaft mit der CSSR, Jugoslawien, Polen, Bulgarien, Ungarn, DDR, der Äußeren Mongolei, der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams und Nordkorea die diplomatischen Beziehungen zu Chile abbrach, blieb Peking ungerührt in Santiago präsent. Antisowjetische Erwägungen dürften für diese Verhaltensweise wohl die schlüssigste Erklärung abgeben.

Voller Empörung äußert sich TASS (englisch, 6.5.74) zu diesem chinesischen Kurs: "In einem Augenblick, da die sozialistische Gemeinschaft und die fortschrittliche Menschheit die von der chilenischen Militärjunta begangenen schrecklichen Taten zornig verurteilen und energisch die Freilassung von Luis Corvalan und anderer chilenischer Patrioten aus den Gefängnissen fordern, verfolgt die maoistische Führung einen Kurs der Konspiration mit der Junta. So also sieht der revolutionäre Charakter aus, der von Peking laufend propagiert wird, und so sehen die wirklichen Handlungen der 'Unterstützungs'-Politik Peking für die Völker aus, die gegen imperialistische Unterdrückung, für Freiheit und Unabhängigkeit kämpfen!"

Auch die Iswestja (15. Mai) wirft den Chinesen Verrat an der Sache der Revolution und der Nationalen Befreiung vor: "Jahrelang behinderte Peking gemeinsame Aktionen der sozialistischen Länder zur Unterstützung des Kampfes des heroischen Volkes von Vietnam. Im Jahre 1971 unterstützte die chinesische Führung tatsächlich diejenigen, welche blutige Repressalien gegen die Kommunistische Partei des Sudan unternahmen. Die Maoisten stellten sich kompromißlos auf die Seite des reaktionären Militärregimes von Yaya Khan im Kampf gegen die nationale Befreiung des Volkes von Bangla Desh ... Die Regierung der VR China unterstützte schließlich offen und geradezu herausfordernd die faschistische Militärjunta in Chile und entwickelte Wirtschaftsbeziehungen mit ihr. Das sind Beispiele, die beweisen, daß die Maoisten jeder fortschrittlichen Bewegung in den Rücken fallen, wenn es ihnen nicht gelingt, sie ihren Großmachtinteressen unterzuordnen".

AFRIKA

(25) Präsident Senghor von Senegal in China

Vom 6. bis 18. Mai stattete der Präsident der Republik Senegal, Leopold Sedar Senghor, der VR China einen offiziellen Besuch ab. Er wurde unter anderem von Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 7.5.74).

Bei einem Bankett am 6. Mai verwies Ministerpräsident Chou En-lai - dem inzwischen etablierten Schema im Umgang mit afrikanischen Staatsoberhäuptern entsprechend - auf die Gemeinsamkeiten der Probleme Chinas und Senegals und die Notwendigkeit eines Kampfes der Dritten Welt gegen den "Imperialismus, Kolonialismus und Hege- monismus".

Präsident Senghor betonte, daß sich seine Partei, die Senegalesische Union des Fortschritts, als nationale, sozialistische und demokratische Partei im Sinne der "Neuen Demokratie" Maos verstehe. Diese "Neue Demokratie" sei der erste Schritt zum Sozialismus. Es folgt ein bezeichnender Satz: "Wir denken über Ihre Lehren nach in dem Bemühen, China nicht als ein Modell zu sehen, sondern uns mit Hilfe Ihres Beispiels anzuspornen, um ein negro-afrikanisches, ein senegalesisches Modell zu entwickeln, das uns in die Lage versetzt, leichter und besser die zweite Stufe unseres Langen Marsches zum Sozialismus zu erreichen" (NCNA, 6.5.74).

Das Defilée der afrikanischen Staatsoberhäupter scheint nicht abzureißen: Im Februar 1973 kam Mobutu aus Zaire, im März 1973 Kameruns Präsident, im Juni 1973 Malis Staatsoberhaupt, im August der Präsident der Volksrepublik Kongo, im November 1973 das Staatsoberhaupt von Sierra Leone. Im Februar und März folgten Präsident Kaunda von Zambia und Boumediene von Algerien. Dann kam Nyerere und jetzt Leopold Senghor.

Im Kommuniqué vom 18. Mai hieß es, daß "das Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit

und das Handelsabkommen", beide 1973 zwischen China und Senegal unterzeichnet, erfolgreich durchgeführt würden. Im Hinblick auf die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern hätten beide Seiten Konsultationen geführt über kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit, über den Austausch von Lehrern und Studenten, über den Austausch von Informationen, von Fernsehprogrammen und Filmen, von Büchern und Dokumentationen sowie über die Organisation sportlicher Wettbewerbe (NCNA, 18.5.74).

(26) Chinesische Ärzte in Zaire

Eine Delegation aus 15 chinesischen Ärzten, unter ihnen 6 Frauen, traf am 17. Mai, aus Peking kommend, in Kinshasa ein, und zwar im Rahmen eines Abkommens über Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Die chinesische Botschaft teilte mit, daß die Ärzte eine Verstärkung für die 14 chinesischen Ärzte und Krankenpfleger bedeuteten, die bereits im Kintambu-Krankenhaus in Kinshasa arbeiten.

Das Verhältnis zwischen China und Zaire hat sich gut angelassen, seitdem beide Staaten am 24. November 1972 diplomatische Beziehungen aufnahmen, vor allem aber, seitdem Staatspräsident Mobutu im Februar 1973 Peking besuchte. Die damalige Visite wurde bezeichnet als "Treffen der Staatsmänner der größten Länder Asiens und Schwarzafrikas". Peking ist sich des Stellenwerts Mobutus als eines der potentiellen Führer Schwarzafrikas wohl bewußt (ausführlich dazu C.a.73/2 - Ü15).

Mobutu andererseits war von seinem Besuch in China so beeindruckt, daß er nach seiner Rückkehr erklärte, er wolle Anleihen beim chinesischen Modell machen und vor allem von der Technik der Massenmobilisierung und des Arbeitseinsatzes lernen (Näheres dazu C.a. 73/3 Ü 24).

NAHOST

(27) Chinas Botschafter im Kairoer Fath-Büro

Wie die "Stimme Palästinas" (MD Nah- und Mittelost, 16.5.74, S.12) meldet, hat der Botschafter der VR China in Ägypten, Chai Tse-min, dem Fath-Büro in Kairo einen Besuch abgestattet. Der Kairoer Korrespondent der palästinensischen Nachrichtenagentur "OFA" konnte erfahren, die Gespräche während des Besuches hätten die jüngste Entwicklung im Nahen Osten und ihre Auswirkung auf den palästinensischen Kampf zum Gegenstand gehabt. Hätten die Palästinenser eine eigene Regierung gebildet, so wäre sie von der VR China sicher, ebenso wie seinerzeit die Provisorische Revolutionsregierung in Südvietnam, von Peking anerkannt worden. Peking "unterstützt" aber voll die Palästinensische Befreiungsbewegung, hat schon mehrere ihrer Delegationen empfangen und tritt für eine Lösung des Palästina-Problems durch bewaffneten Kampf gegen die "Zionisten" ein, zu dem sich die arabischen Völker unter Emanzipation von den Großmächten - zusammen-schließen sollten.

ASIEN

(28) China zur indischen Atomexplosion

Die Stellungnahme der VR China zur indischen Atomexplosion beschränkte sich auf die Wiedergabe einer protestierenden Äußerung des pakistanischen Ministerpräsidenten Bhutto vom 20.5.74 auf Seite 5 der JMJP vom 21.5.74. Bhutto forderte seine Landsleute zu Geschlossenheit gegenüber dieser erpresserischen Drohung auf und versicherte, daß Pakistan nicht das Opfer einer nuklearen Erpressung werden würde. Er erklärte, daß infolge dieser neuen Entwicklung der Abschluß eines Nicht-Angriffs-Paktes mit Indien sinnlos sei.

Ohne Kommentar war zuvor am 19.5. lediglich von der Presseagentur Hsinhua das Faktum der Explosion bekanntgegeben worden. (Näheres hierzu in der folgenden Nummer von C.a.).

(29) China zur Kashmir-Frage

Die Äußerungen Teng Hsiao-p'ings zur Kashmir-Frage beim Bankett für den pakistanischen Präsidenten Bhutto wurde Anlaß zu einer neuen chinesisch-sowjetischen Kontroverse. Hsinhua (NCNA, 19.5.74) ergriff diese Gelegenheit, um den chinesischen Standpunkt zu Kashmir nochmals nachdrücklich zu verdeutlichen: "Bei der Kashmir-Frage handelt es sich um ein Problem, das vom britischen Imperialismus bewußt offengelassen wurde, als Britisch-Indien 1947 in Indien und Pakistan aufgeteilt wurde. Damit sollte eine Konfrontation zwischen Indien und Pakistan herbeigeführt werden. China hält nach wie vor daran fest, daß diese Frage von Indien und Pakistan auf dem Wege friedlicher Verhandlungen und im Einklang mit den Interessen des Volkes von Kashmir gelöst wird.... Wie allgemein bekannt ist, haben die Ministerpräsidenten von Indien und Pakistan 1953 vereinbart, daß der Streit um Kashmir 'gemäß den Interessen des Volkes von Kashmir gelöst werden sollte'.... Tatsache ist, daß diese Haltung einst auch von der sowjetischen Regierung eingenommen worden ist. Vom Zeitpunkt der Teilung Britisch-Indiens bis in die frühen fünfziger Jahre hat die Regierung der Sowjetunion bei vielen Gelegenheiten die imperialistischen Absichten entlarvt, durch die Kashmir-Frage eine Konfrontation zwischen Indien und Pakistan herbeizuführen.... Da nun die Sowjetregierung in der Vergangenheit selbst dem Recht des Volkes von Kashmir auf Selbstbestimmung zugestimmt hat, ist es unverständlich, wie die TASS nunmehr gegen Regierung und Volk von China die Beschuldigung erheben kann, hier liege eine 'grobe Einmischung' und ein 'Fischen im Trüben' vor. Das klingt so, als täte China etwas Böses, wenn es den Kampf des Volkes von Kashmir um das Recht auf Selbstbestimmung unterstützt. Die Antwort hierauf ist einfach: Eine Gruppe von Revisionisten hat gegenwärtig die Macht in der Sowjetunion an sich gerissen. Diese Leute sind eine Bande von Sozialimperialisten, die die früher korrekte Haltung der Sowjetregierung völlig aufgegeben haben.

Seit 1955 haben Chruschtschow, Breschnew und deren Gefolgsleute mehr als einmal öffentlich erklärt, daß 'Kashmir ein Bestandteil der Indischen Union' sei und daß 'ganz Kashmir zu Indien gehört'.... Diese Erklärung ist gleichzei-

tig absurd und verachtenswert..... Man wird sich noch gut darauf entsinnen können, daß die sowjetrevisionistische Führungsclique einst die Anwendung des 'Prinzips der Nationalen Selbstbestimmung' in der Südasien-Frage gefordert hat. Unter dem Vorwand des 'Prinzips der Nationalen Selbstbestimmung' hat sie vor zwei Jahren einen Krieg angestiftet, durch den Pakistan mit Gewalt zerstückelt werden sollte. Danach haben sie die Situation ausgenutzt, um ihre Marine in Chittagong festzusetzen und diesen Hafen zu einem sowjetischen Marinestützpunkt auszubauen."

(30) Abkommen über unentgeltliche Militärhilfe Chinas an Kambodscha für 1974 unterzeichnet

Die Delegation der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha und der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha ist nach ihren Besuchen in Nordvietnam, Nordkorea, Albanien, Jugoslawien, Rumänien, Algerien, Mauretanien, Kamerun, Ägypten und Syrien wieder nach Peking zurückgekehrt, wo sie schon vor dem Antritt der Rundreise Aufenthalt genommen hatte (NCNA, 25.5.74).

Am 26.5.74 wurde zwischen der Regierung der VR China und der Königlichen Regierung der FUNC ein Abkommen über die unentgeltliche chinesische Lieferung von militärischen Ausrüstungen an Kambodscha für das Jahr 1974 unterzeichnet. Bei der feierlichen Unterzeichnung, die von dem Stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Hsien-nien und von Vize-Premier Khieu Samphan vorgenommen wurde, war auch Staatschef Sihanouk und Ministerpräsident Chou En-lai anwesend (NCNA, 26.5.74). (Näheres hierzu: Thema "China und Kambodscha..." in diesem Heft.)

(31) Malaysischer Premier in China

Auf Einladung von Premierminister Chou En-lai besuchte der malaysische Ministerpräsident Tun Abdul Razak vom 28.5. bis 2.6.74 die Volksrepublik China, um das Abkommen zwischen beiden Regierungen über die Herstellung diplomatischer Beziehungen zu unterzeichnen (NCNA, 21.5.74). (Näheres hierzu in der folgenden Nummer von C.a.).

(32) Pakistanischer Staatspräsident in Peking

Der pakistanische Präsident Ali Bhutto stattete vom 11. bis 14. Mai der VR China einen Besuch ab. Es war seine erste Visite seit dem Dezember-Krieg von 1971, der damals zum Verlust Ostbengalens führte.

Vier Fragenbereiche dürften im Vordergrund der Verhandlungen gestanden haben, die allerdings in den offiziellen Dokumenten nicht durchweg erwähnt wurden, nämlich

- die Frage der Anerkennung Bangla Deshs durch China
- die immer noch ungelöste Kashmir-Frage
- das Verhältnis Pakistans zu Indien
- Wirtschafts- und Militärhilfe Chinas an Pakistan.

Die Bangla-Desh-Frage hat kein besonderes Problem mehr

gebildet. Wahrscheinlich wird China diesen Staat in Kürze bereits anerkennen. Diese Schlußfolgerung ergibt sich aus einer Bankettrede des Stellv. Ministerpräsidenten Teng Hsiao-p'ing, der folgendes ausführte: "Es freut uns, daß zwischen den betreffenden Ländern des Subkontinents Übereinkommen erzielt wurden, die zur Durchsetzung der Resolutionen der Generalversammlung und des Sicherheitsrates der UNO geführt und dadurch günstige Verhältnisse für die Normalisierung der Beziehungen unter den Ländern des Subkontinents geschaffen haben. Die chinesische Regierung begrüßt diese Entwicklung. Wir hoffen, daß die Länder des Subkontinents gemäß den Grundsätzen der Gleichberechtigung und gegenseitigen Achtung der Souveränität in Freundschaft leben werden. Das chinesische Volk hegt seit eh und je tiefe Gefühle für die Völker der südasiatischen Länder. Wir sind bereit, zu den Ländern des Subkontinents auf der Grundlage der Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz gutnachbarliche Beziehungen zu entwickeln und unsere traditionelle Freundschaft mit ihren Völkern weiter auszubauen" (NCNA, 14.5.74).

Noch 1972 hatte China ein Veto gegen die Aufnahme des Staates Bangla Desh in die UNO eingelegt, und zwar mit dem Hinweis, daß die Regierung in Dacca - ähnlich wie seinerzeit die Marionettenregierung im "Kaiserreich Manchu-kuo" - nicht auf eigenen Beinen stehe, sondern von Indien und der Sowjetunion gesteuert werde (dazu ausführlich Oskar Weggel, "Chinas harte Haltung gegenüber Bangla Desh in der UNO" in C.a. 72/7, S.19 ff.).

Da Ali Bhutto bei seiner Bankettrede (NCNA, 12.5.74) hervorhob, daß Pakistan schon "in Kürze diplomatische Beziehungen zu Bangla Desh anknüpfen" werde, ist der wichtigste Hinderungsgrund für eine Entwicklung normaler Beziehungen auch zwischen Dacca und Peking entfallen.

Was die Kashmir-Frage anbelangt, so steht Peking nach wie vor zu Islamabad (vgl. dazu Übersicht 29 in diesem Heft).

Als Teng Hsiao-p'ing in seiner Rede von der "festen Unterstützung des Volkes von Kashmir in seinem gerechten Kampf für seine Selbstbestimmung" sprach, verließ der indische Geschäftsträger, der an dem Bankett in der Großen Volkshalle teilgenommen hatte, demonstrativ den Raum. Bhutto drückte in seiner Rede sein Befremden über dieses Verhalten aus.

Was das Verhältnis Pakistans zu Indien anbelangt, so ist es durch die Lösung der Kriegsgefangenenfrage (dazu ausführlich C.a. 72/6, S.26 ff.) weitgehend entspannt worden. Gleichwohl kam es angesichts der "turnusmäßigen Provokation durch Peking", wie sie durch Teng Hsiao-p'ing vorgebracht worden war, zu neuerlichen Demonstrationen vor der chinesischen Botschaft in Neu Delhi.

Bhutto wurde auch von Mao Tse-tung empfangen (NCNA, 11.5.74), Chou En-lai hatte wegen Unpäßlichkeit nicht an dem Bankett für Bhutto teilgenommen, suchte den pakistanischen Gast jedoch später im Gästehaus der chinesischen Regierung auf und nahm auch an Bhuttos Begegnung mit Mao teil.

(Zum Umfang der chinesischen Wirtschafts- und Militärhilfe vgl. im einzelnen C.a. 74/1, S.31 f.).

AUSSENPOLITIK ALLGEMEIN

(33) Definition der Epoche und Analyse der Widersprüche im internationalen System

Der eigentliche Schlüssel für das Erkennen der Lage, aus der man dann die richtige Politik schöpfen kann, besteht in der richtigen Definition der jeweiligen historischen Epoche.

Bis zum I. Weltkrieg hätten drei Grundwidersprüche im internationalen System bestanden, und zwar: der Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie in den kapitalistischen Ländern, der Widerspruch zwischen den unterjochten Nationen und dem Imperialismus und der Widerspruch zwischen den imperialistischen Staaten. Nachdem im I. Weltkrieg die Sozialistische Oktober-Revolution in Rußland gesiegt hatte, kam ein vierter Widerspruch hinzu, nämlich der zwischen Sozialismus und Imperialismus. Diese vier Grundwidersprüche bestehen weiter, werden immer schärfer und bestimmen das Denken unserer Tage.

Existenz und Ausweitung dieser Widersprüche geben der heutigen Weltrevolution die Dynamik.

Chruschtschow habe fälschlicherweise behauptet, daß sich der Charakter der gegenwärtigen Epoche geändert habe, und daß auf der Welt nur noch der Grundwiderspruch zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen System existiere, die drei anderen Widersprüche aber hinfällig geworden seien. Was Krieg und Frieden anbelange, so existiere heute nur der Widerspruch zwischen den Kernwaffen und der Menschheit, da das Wesen des Imperialismus sich geändert habe (Radio Peking vom 10.12.1973, unter Abdruck von Ausführungen des Organs der japanischen Marxisten-Leninisten in MD Asien vom 13. Dezember 1973, S.4).

(34) Die Paracel-Inseln gehören der VR China

Am 6. Mai verlas Chinas Vertreter auf der 56. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO eine Erklärung zur Frage der "internationalen Zusammenarbeit in der Kartographie", in der China sein Befremden darüber ausdrückt, daß die UNO an den Eigentumsverhältnissen über die Paracel-Inseln offensichtlich immer noch Zweifel hegt: "Die Beschlüsse der vorausgegangenen Kartographischen Konferenzen der UNO für Asien und den Fernen Osten empfehlen, eine sogenannte "Hydrographische Kommission für das Südchinesische Meer" zu bilden und in diese hydrographische Karte die Inseln Nansha, Hsisha, Chungsha und Tungsha und die sie umgebenden Gewässer aufzunehmen. Das ist sachlich unrichtig. Die chinesische Regierung hat mehrmals feierlich erklärt, daß diese Inseln seit jeher Teil des chinesischen Territoriums sind und daß die VR China unbestreitbare Souveränität über diese Inseln und die sie umgebenden Gewässer innehat. Die chinesische Delegation bittet die zuständigen Instanzen, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die oben erwähnte kartographische Vermessung der sogenannten "Hydrographischen Kommission für das Südchinesische Meer" zu unterbinden

und zu gewährleisten, daß derartige Vorfälle sich nicht wiederholen" (NCNA, 6.5.74).

Die Paracel-Inseln waren bereits zu Beginn des Jahres in die Schlagzeilen der Weltpresse geraten, nachdem es dort zu Auseinandersetzungen zwischen südvietnamesischen und chinesischen Verbänden gekommen war (Näheres zu dieser Frage, vor allem zu den Rechtsaspekten, vgl. C.a. 1974/2, S.25 ff.).

In diesem Zusammenhang heißt es ferner in JMJP, 17.4.74: "China ist ein Stück fetten Fleisches. Nur ist dieses Stück Fleisch sehr zäh. Seit Jahren hat es noch niemand durchzubeißen vermocht, und auch in Zukunft soll ja niemand glauben, es durchzubeißen zu können. Wenn man uns nicht angreift, werden auch wir nicht angreifen; greift man uns aber an, werden wir unbedingt zurückschlagen.....

Der erfolgreiche Kampf um die Hsisha-Inseln war ein großer Sieg der revolutionären militärischen Linie des Vorsitzenden Mao. Wir sind ein revolutionäres Volk, das für die Verteidigung seines Vaterlandes kämpft. Und sollte uns ein noch stärkerer Feind als im Falle der Hsisha-Insel angreifen, werden wir auch ihn entschlossen und restlos vernichten."

INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND KONFERENZEN

(35) Kritische Stellungnahme zur UNO-Rohstoffkonferenz

Auf der Plenartagung der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung erklärte der chinesische Vertreter, Huang Hua, in einer Rede am Abend des 1. Mai nach Annahme der zwei Grundsatzurkunden durch die Versammlung (nämlich der "Erklärung über die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung" und des "Aktionsprogramms" (abgedruckt im Anhang!) folgendes: Grundsätzlich unterstütze die chinesische Delegation die beiden Dokumente, da sie eine Reihe wichtiger Prinzipien über die Schaffung neuer internationaler Wirtschaftsverhältnisse enthielten, z.B. die Bestätigung der ständigen Souveränität eines jeden Staates über seine Naturschätze und all seiner Wirtschaftsaktivitäten einschließlich der Ausübung der Kontrolle über multinationale Gesellschaften bis hin zur Verstaatlichung und zur Schaffung von Produktionsgesellschaften durch die Entwicklungsländer; ferner die Bestätigung des unveräußerlichen Rechts aller Länder auf gleichberechtigte Beteiligung bei der Lösung von Weltwirtschaftsproblemen, bei der Änderung des bestehenden internationalen Währungssystems sowie des bestehenden irrationalen Verhältnisses zwischen den Exportwaren der Entwicklungsländer und denen der entwickelten Länder.

Auf der anderen Seite wiesen die beiden Dokumente auch eine Reihe von Mängeln auf, vor allem in den Formulierungen. Der Begriff "Interdependenz" sei beispielsweise so entstellt worden, daß man letzten Endes meinen könne, die

Entwicklungsländer sollten sogar von den Supermächten abhängen. Ebenso unscharf sei der Begriff "internationale Arbeitsteilung". Er könne von den Supermächten dazu benutzt werden, gerade unter diesem Aushängeschild den anomalen Zustand des 'industriellen Europa und Nordamerika einerseits und der Agrargüter- und Rohstoffproduzenten-Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas' andererseits aufrechtzuerhalten. Es müsse ferner darauf hingewiesen werden, daß die Weltbank und der Internationale Währungsfonds unter der Leitung einer Supermacht stehen und nicht nur einmal die höchst unzulässige Politik der Ausübung wirtschaftlichen Drucks auf einige Länder der Dritten Welt angewandt hätten. Außerdem hätten beide Organisationen nicht der Resolution der UNO-Volkversammlung entsprochen und die Chiang-Kai-shek-Clique ausgestoßen. "Wir verurteilen diese Organisation entschieden wegen ihrer Politik der Feindschaft gegen das chinesische Volk und erklären, daß wir nicht an den Aktivitäten teilnehmen werden, die unter der Schirmherrschaft dieser Organisation stehen". (Vgl. i.ü. die im Anhang abgedruckten 2 Dokumente der Rohstoffkonferenz!)

(36) Proteste gegen UNO-Bericht über die Lage im Indischen Ozean

Ein Expertenbericht der UNO über die militärische Lage im Indischen Ozean, der von drei durch Generalsekretär Waldheim genannten Militärexperten aus Großbritannien, Indien und dem Iran erstellt worden war, hatte auf den wachsenden Flottenwettbewerb zwischen den USA und der Sowjetunion im Indischen Ozean hingewiesen, was zu einem strategischen Rüstungswettlauf der Flotten führen werde. Unter anderem kam dabei das Projekt Diego Garcia zur Sprache. Auch enthält der Bericht zahlreiche Einzelheiten über amerikanische, britische, chinesische und sowjetische Stützpunkte in diesem Gebiet.

Schon kurze Zeit nach Abgabe des Berichts hagelte es Proteste. Somalia wandte sich beispielsweise gegen die Angabe, die Sowjetunion unterhalte einen Stützpunkt auf seinem Gebiet. Auch die Volksrepublik China und Tansania bestritten die Existenz einer chinesischen Militärbasis in dem ostafrikanischen Staat. Den Protesten schlossen sich ferner die UdSSR, die USA und Großbritannien an.

(37) Pakistan fordert Aufnahme der VR China in die ADB

Auf der 7. Plenarsitzung der Asian Development Bank, die vom 25.4. bis 27.4. in Kuala Lumpur abgehalten wurde und sich vor allem mit Problemen der Ölkrise, der Inflation und der Nahrungsmittelversorgung der teilnehmenden Mitgliedsländer befaßte, stellte Pakistan auf der letzten Sitzung den Antrag, die VR China als Teilnehmerland aufzunehmen und Taiwan auszuschließen. Pakistans Delegierter wies darauf hin, daß die Abwesenheit der VR China nicht mehr der weltpolitischen Lage entspreche, nachdem die VR China in die UNO aufgenommen worden sei. Der ungerechte Zustand, daß alle Länder Asiens, von Pakistan über Südostasien in der ADB vertreten wären, mit Ausnahme des größten asiatischen Landes, nämlich der VR China,

müsse zurechtgerückt werden. (Nikei 28.4.74) Bisher gehört nach wie vor Taiwan der ADB an.

(38) An der Schwelle zur Anerkennung durch das IOC ?

Nach den Bestimmungen des Internationalen Olympischen Komitees muß ein Teilnehmerland als Voraussetzung für die IOC-Angehörigkeit die Mitgliedschaft in mindestens fünf olympischen Verbänden erworben haben. Außerdem muß ein nationales olympisches Komitee gebildet werden, das vom IOC anerkannt wird.

Die erste dieser Bedingungen hat China inzwischen erfüllt. Es gehört fünf olympischen Verbänden an: Rudern, Bogenschießen, Eishockey, Eisschnelllaufen, Gewichtheben. Bei den Gewichthebern steht die endgültige Anerkennung durch den FIH-Kongreß vom 20. — 29. September in Manila noch aus, jedoch erscheint dies nur noch als Formsache.

China ist weiterhin Mitglied im Tischtennisverband und gehört seit einigen Monaten der Organisation der Asien-Spiele an, die für die Veranstaltung in Teheran Anfang September Taiwan ausschloß und die VR China aufnahm. (Näheres dazu C.a. 73/5 Ü39).

Weiterhin bemüht sich China um die Mitgliedschaft im Internationalen Schwimmverband. Der Internationale Leichtathletikverband wird in dieser Woche auf seiner Sitzung in Rom über die Behandlung der China-Frage beraten (FAZ, 6.5.74).

AUSLÄNDER IN DER VR CHINA

(39) Strenges Off-Limits

Am 19. Mai wurden sieben französische Diplomaten, welche die Ming-Gräber nordöstlich von Peking besucht und dabei die für Ausländer gesetzten Wandergrenzen überschritten hatten, von einer größeren Gruppe von Kindern festgehalten und sodann dem Personal der öffentlichen Sicherheit übergeben. Die sieben mußten sich eine strenge Zurechtweisung gefallen lassen (IHT, 20.5.74).

INNENPOLITIK

(40) Chou En-lai erkrankt

Der sechsundsiebzigjährige Premier sagte seine Teilnahme am Staatsbankett zugunsten des senegalesischen Präsidenten Leopold Senghor (9. Mai) wegen Krankheit ab. Dies war das erstmalig, daß Chou En-lai wegen einer solchen Ursache an einem Bankett dieser Wichtigkeit nicht teilnehmen konnte. China News (Taipei) knüpft an die Krankheit bereits Speku-